



Johann Altmann
Ehrenamtlicher Stadtrat
der Landeshauptstadt München

Rathaus, Zimmer 173
Marienplatz 8
80331 München
Tel.: 089 / 233 – 20766
Fax: 089 / 233 – 20770
johann.altmann@muenchen.de

Freie Wähler im Stadtrat der LH München, Marienplatz 8, 80331 München

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

A N T R A G

14. September 2009

Erhöhung des Sicherheitsfaktors in den öffentlichen Verkehrsmitteln

Der Stadtrat möge beschließen, dass die Landeshauptstadt München sich intensiv darum bemüht,

- dass meine Anträge (vom 28.01.2008 und 06.04.2009) zur Erhöhung der Sicherheit in Münchens öffentlichen Verkehrsmitteln erneut aufgegriffen werden und generell sowohl für Polizeibeamte in- und außerhalb des Dienst als auch für die Mitglieder der Sicherheitswacht im Dienst die Benutzung aller öffentlichen Verkehrsmittel kostenfrei geregelt wird,
- dass bei den zuständigen Landes- und Bundesbehörden in den Aufgabenbereichen der Bayerischen Polizei wie auch der Bundespolizei entsprechende Mittel und Kräfte verfügbar sind, damit in der LH München und insbesondere für das Gesamtnetz des MVV ausreichend Personal in der Fläche verfügbar ist, um eine durchgängige Präsenz zu gewährleisten und innerhalb angemessener Reaktionszeit auch außerhalb der Stammstrecke vor Ort sein zu können,
- dass die privaten Sicherheitsdienste im MVV sowohl materiell, als auch finanziell und personell entsprechend aufgestellt werden, um die staatlichen Sicherheitsorgane entsprechend qualifiziert unterstützen zu können und
- bei der anstehenden Einführung des Digitalfunkes bei Polizei und Berufsfeuerwehr die Nutzung und Erreichbarkeit in allen Bereichen des MVV/MVG, insbesondere in den unterirdischen Anlagen, möglich ist.

Begründung :

Wie der jüngste Vorfall in der Münchner S-Bahn, bei dem Herr Dominik B. getötet wurde, zeigt war der mutig einschreitende Münchner Geschäftsmann, obwohl er nach den Pressemitteilungen alles richtig gemacht hatte, zuletzt völlig schutzlos seinen Mördern ausgeliefert. Der „Sicherheits- und Ermittlungsapparat“ funktionierte erst hinterher „wie am Schnürchen“. In der Statistik wird somit wiederum ein zu hundert Prozent aufgeklärtes Tötungsde-

likt verbucht. Das kann und darf aber nicht das vorrangige Ziel sein!

Das über allem stehende Ziel muss vielmehr sein, wie es das Polizeiaufgabengesetz vorsieht, dass Prävention vor Repression geht. Aber genau für die Vorbeugung von Straftaten und zur Verhinderung von Verbrechen wird bei weitem nicht genug getan. Vor allem fehlt es den nun reflexartig wieder ins Feld geführten Forderungen der Politik an praxistauglichen Ansätzen und wirklich effektiv zielführenden Vorschlägen! Wo bleibt hier die Bekenntnis und Forderung nach mehr Sicherheitspersonal?

Eine vollständige Kostenfreiheit bei MVV-Fahrten für Polizeibeamte und Angehörige der Münchner Sicherheitswacht führt dagegen umgehend zu einer Erhöhung des Sicherheitsfaktors in den öffentlichen Verkehrsmitteln. Die seinerzeit im Beschluss vorgebrachten Gründe, dass „Vollzugsbeamte in Uniform generell Freifahrt auf allen MVV-Linien haben, während nicht uniformierten Vollzugsbeamten persönliche Sondernetworkkarten zur Verfügung stehen“, die jedoch privat erworben und bezahlt werden müssen, reicht offensichtlich, wie dieser jüngste Vorfall erneut drastisch zeigt, bei weitem nicht aus, um die Sicherheit der Münchner Bürgerinnen und Bürger zeitlich und räumlich gewährleisten zu können.

Wenn potentielle Gewalt- und Straftäter jederzeit damit rechnen müssen, dass etwa Polizisten auf dem Weg von und zur Arbeit sowie vor allem in ihrer Freizeit vermehrt auch den ÖPNV nutzen, schafft dies automatisch ein eindämmendes Klima. Zumal auch andere bayerische Städte wie Würzburg oder Regensburg bereits seit langem die kostenlose Nutzung des ÖPNV für diesen Personenkreis eingeführt haben.

Hinzu kommt, dass insbesondere auf den weit verzweigten Außenästen des MVV-Netzes sowohl die Anzahl des vor Ort präsenten Sicherheitspersonals und vor allem die Reaktionszeiten bei weitem nicht ausreichend sind, um schnellstmöglich auf Zwischenfälle reagieren zu können. Vor allem die für die Bahnstrecken und damit auch für die Münchner S-Bahn zuständige Bundespolizei ist außer im Bereich ihrer zentralen Dienststellen an Ost- und Hauptbahnhof sowie dem Münchner Flughafen routinemäßig kaum auf den weiteren Bahnhöfen präsent und hat für abgelegene Bahnhöfe viel zu lange Anfahrtszeiten. Hier ist jedoch auch die LH München gefordert, dafür einzutreten, dass diese Mängel schnellstmöglich abgeschafft werden. Erste mir vorliegende Informationen weisen darauf hin, dass angeblich bei Umstellung auf Digitalfunk die Erreichbarkeit im „MVV/MVG-Untergrund“ nicht gewährleistet ist.

Schließlich haben es auch die in der Vergangenheit immer wieder geführten Diskussionen um Ausstattung, Ausbildung und Bezahlung der privaten Sicherheitsdienste im Bereich des MVV und der MVG mehr als deutlich gezeigt, dass hier ebenfalls dringender Handlungsbedarf besteht, damit diese zur Unterstützung der staatlichen Organe im Rahmen der öffentlichen Sicherheit qualitativ und quantitativ entsprechend verfügbar sind.

Johann Altmann, Stadtrat